



Suchergebnisse: Polizeipräsident

29. September 1872 – Erstmals wird auf der Wiesen das sogenannte Märzenbier ausgetrunken

München-Theresienwiese - München-Au * Bis 1872 wird auf der Wiesen das sogenannte Sommerbier ausgetrunken. Nachdem der Sommer dieses Jahres sehr heiß gewesen ist, gingen dem Leistbräu die Vorräte an Lagerbier aus. Michael Schottenhamel will auf dem Oktoberfest jedoch kein Winterbier ausgeben, weshalb er Sedlmayr's Märzenbier zum Ausschank bringt. Der Bierpreis liegt mit 12 Kreuzern 3 Kreuzer über dem üblichen Preis, was den Polizeipräsidenten wegen zu erwartender Bierkrawalle schlecht schlafen lässt. Michael Schottenhamel meint dazu nur: „Wann d'Münchner was richtig's krieg'n, na schau'n sie's Geld net o!“ Und tatsächlich, das neue Münchner Bier findet einen derartigen positiven Anklang, dass bald alle Brauereien ein Märzenbier entwickeln.

1895 – So etwas „Unanständiges“ wie die Brunnengruppe Satyrherme & Knabe

München-Ludwigsvorstadt * Nach Auffassung des Münchner Magistrats kann man so etwas „Unanständiges“ wie die Brunnengruppe Satyrherme & Knabe des Bildhauers Matthias Gasteiger unmöglich an einem viel besuchten Platz aufstellen, weshalb der Brunnen in die Nähe des Toilettenhäuschens in der Stachusgrünanlage zur Aufstellung kommt. Aber so gut kann man das Brunnenbubel gar nicht verstecken, dass sich nicht doch Moralapostel und Sittlichkeitsvereine über diese „Sauerei“ ereifern. Es kommt zum Skandal, in deren Folge der Münchner Polizeipräsident bei Matthias Gasteiger vorspricht, um ihm „allen Ernstes zu erklären, daß das Bildwerk höchst anstößig sei und dass das Interesse der Aufrechterhaltung der Moral und guten Sitten unbedingt erfordere, dass 'etwas' geschehen muss“. Matthias Gasteiger unternimmt nichts. Er will keinesfalls ein Feigenblatt an seinem Bubel akzeptieren.

22. Januar 1918 – Erhard Auer warnt vor den unorganisierten Arbeiterinnen

München * In einem Gespräch mit dem Münchner Polizeipräsidenten versichert der Landessekretär der Bayerischen SPD, Erhard Auer, dass „die Unabhängigen in Bayern, besonders in München, nicht viel Boden“ haben. Bei den organisierten Arbeitern besteht somit keine Streikgefahr. Anders ist die Sache „bei den vielfach noch nicht organisierten weiblichen Arbeiterinnen“.



1. Februar 1918 – Protestmarsch der Streikenden zum Polizeipräsidium

München-Schwabing * Am Vormittag treffen sich die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Geschützwerke, Teile der Belegschaft der Lokomotivfabrik Maffei sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter der Lederfabrik Gebrüder Hesselberger und des BMW-Werkes zur Auftaktveranstaltung in der Schwabinger Brauerei. Im Anschluss ziehen sie in einem Protestmarsch zum Polizeipräsidium in der Ettstraße. Stand bisher die Friedensfrage im Mittelpunkt, so wird nach der Verhaftungsaktion die Freilassung der Gefangenen zur Hauptaufgabe. Zu diesem Zweck hat die Versammlung eine vierköpfige Kommission gewählt, die beim Polizeipräsidenten die Freilassung der Inhaftierten erwirken soll. Da - nach Aussage des Polizeipräsidenten - die Polizei keine Einflussmöglichkeiten auf die gerichtlichen Entscheidungen hat, muss die Kommission ohne Ergebnis wieder abziehen.

8. November 1918 – Polizeipräsident Rudolf von Beckh unterwirft sich der Revolution

München-Kreuzviertel * Der Münchner Polizeipräsident Rudolf von Beckh gibt um 1:25 Uhr die Erklärung ab, dass er sich verpflichtet, „bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates München Folge zu leisten. [...]“

10. November 1918 – Josef Staimer ist neuer Polizeipräsident

München * Der Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes Nürnberg, Josef Staimer, wird an Stelle des Polizeipräsidenten Rudolf von Beckh mit der Führung der Münchner Polizei beauftragt.

30. November 1918 – Die freien Gewerkschaften lehnen die Bürgerwehr ab

München * Eine Besprechung zwischen dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann und Vertretern der Christlichen Gewerkschaften und der Freien Gewerkschaften findet zum Thema Bürgerwehr statt. Gustav Schiefer, der stellvertretende Vorsitzende der Freien Gewerkschaften in München, wehrt sich vehement gegen die Pläne. Auch der anwesende Stadtkommandant Oskar Dürr und der Polizeipräsident Josef Staimer raten von einer Zustimmung ab.

6. Dezember 1918 – Die Verhaftung des Vollzugsrats verhindert



Berlin * Zur selben Zeit wird der Versuch unternommen, den Vollzugsrat zu verhaften. Er ist neben dem Rat der Volksbeauftragten das wichtigste Organ der Revolution. Weil sich die Betroffenen gegen die Verhaftung wehren und protestieren, kommt der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn mit Kräften der Sicherheitswehr dem Vollzugsrat zu Hilfe. Die Verhaftung scheitert - die Putschisten müssen erfolglos abziehen.

7. Dezember 1918 – Blutige Auseinandersetzung gerade noch verhindert

Berlin * Für den Nachmittag hat die Berliner Spartakusgruppe zu einer Demonstration aufgerufen. Unter den Linden droht die Demonstration in eine blutige Auseinandersetzung verwickelt zu werden. Dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn gelingt es, die aufgezogenen Truppen mit ihren Maschinengewehren zum Abzug zu überreden.

8. Dezember 1918 – Die politisch-satirische Zeitung Rote Hand wird verboten

München * Die politisch-satirische Zeitung „Rote Hand“, Untertitel: „Führendes Organ für national-anarchistische Gschafthuberei“, erscheint erstmalig im Straßenhandel. Polizeipräsident Josef Staimer lässt den Druck einstellen und das weitere Erscheinen verbieten. Er begründet die Maßnahme mit der „Übertretung der Sonntagsruhe“.

24. Dezember 1918 – Die Garde-Soldaten werden von der Bevölkerung abgedrängt

Berlin * Um 9:10 Uhr kapitulieren die Verteidiger des Stadtschlusses und des Marstalls. Sie zeigen die weißen Fahnen. Stadtkommandant Otto Wels wird sofort freigelassen. Zur Entwaffnung kommt es nicht mehr, da die Matrosen der Volksmarinedivision während dieser Feuerpause Unterstützung durch die dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn von der USPD unterstellte Republikanische Sicherheitswehr erhalten. Das Gerücht eines gegenrevolutionären Putsches macht die Runde. In kürzester Zeit ziehen tausende Arbeiter, Frauen und Kinder zum Stadtschluss. Die Lage dreht sich. Jetzt sind plötzlich die Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Bedrohten. Gefangene Matrosen werden befreit, die Garde-Soldaten von der Bevölkerung eingeschlossen und abgedrängt. Reichskanzler Friedrich Ebert gibt den Befehl zur sofortigen Einstellung der Kämpfe. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division muss abziehen und in der Universität Schutz suchen. Begleitet werden sie von der ihnen wenig freundlich gesinnten Bevölkerung. Die Demonstration ist inzwischen auf 100.000 Menschen angewachsen. Die Oberste Heeresleitung - OHL und



Generalquartiermeister Wilhelm Groener haben eine fürchterliche Niederlage erlitten und sind grandios gescheitert.

3. Januar 1919 – Berlins Polizeipräsident Emil Eichhorn hält an seinem Amt fest

Berlin * Die USPD-Mitglieder der preußischen Regierung erklären ihren Rücktritt. Damit bekleidet kein USPD-ler noch ein wichtiges Amt im Deutschen Reich beziehungsweise in Preußen. Die einzige Ausnahme ist der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn, der an seinem Amt festhalten will.

3. Januar 1919 – Keine Weisungsberechtigung

Berlin * Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn [USPD] erklärt dem preußischen Innenminister Paul Hirsch [MSPD], dass er ihn nicht als weisungsberechtigt anerkennt.

4. Januar 1919 – Berlins Polizeipräsident Emil Eichhorn wird abgesetzt

Berlin * Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn von der USPD wird durch den Rat der Volksbeauftragten abgesetzt. Eichhorn verweigerte am 24. Dezember 1918 den Befehl des Reichskanzlers Friedrich Ebert und der zwei anderen MSPD-Volksbeauftragten, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, die im Berliner Stadtschloss und im Marstall einquartierte Volksmarinedivision mit der ihm unterstellten Republikanischen Sicherheitswehr zu bekämpfen, um den als Geisel genommenen Stadtkommandanten Otto Wels [MSPD] zu befreien. Für Ebert gilt Emil Eichhorn deshalb als unzuverlässig.

4. Januar 1919 – USPD und Revolutionäre Obleute rufen zur Demonstration auf

Berlin * Der Vorstand der Berliner USPD beschließt zusammen mit den Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag die Abhaltung einer Demonstration als Reaktion auf die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Revolutionären Obleute sind frei gewählte, von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsräte, die sich während des Ersten Weltkriegs hauptsächlich in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet haben und sich aktiv an den Januarstreiks 1918 beteiligten. Als Kriegsgegner sind sie in der überwiegenden Zahl in der USPD organisiert. Eine Mitgliedschaft in der gerade gegründeten Kommunistischen Partei



Deutschlands - KPD lehnen sie ab.

11. Januar 1919 – Waffengebrauch wird durch Trommelwirbel angekündigt

München * Einen Tag vor den Wahlen zum Bayerischen Landtag werden aufgrund der am Tag zuvor erfolgten Vorgänge vom Polizeipräsidenten Josef Staimer und vom Stadtkommandanten Oskar Dürr der Einsatz von Waffen gegen Demonstranten und Ansammlungen angedroht: „Waffengebrauch wird, soweit möglich, durch Trommelwirbel angekündigt.“ In einer Matrosenversammlung sprechen sich Ministerpräsident Kurt Eisner und Stadtkommandant Oskar Dürr „gegen den Terror der Straße“ aus. Die Mehrzahl der für die Tumulte Verantwortlichen bezeichnen sie als „Verbrecher“. Die geplanten Versammlungen auf der Theresienwiese werden abgesagt.

19. Februar 1919 – Gegen 16 Uhr beginnt der sogenannte Lotter-Putsch

München * Gegen 16 Uhr beginnt in München der sogenannte Lotter-Putsch, an dem sich rund 600 bewaffnete, überwiegend bayerische Soldaten beteiligen, die am 15. Februar aus Wilhelmshaven kommend hier eingetroffen sind. Die Putschisten unter Führung des Obermatrosen Conrad Lotter schlagen gleichzeitig an drei Stellen zu: Sie besetzen das Telegraphenamt am Hauptbahnhof, verhaften zur gleichen Zeit den Stadtkommandanten Oskar Dürr und den Polizeipräsidenten Josef Staimer in ihren Dienststellen und wollen in das vom Rätekongress besetzte Landtagsgebäude in der Prannerstraße eindringen. Außerdem wollen sie Kurt Eisner festnehmen und in die Tschechoslowakei abschieben. Während die putschenden Matrosen die beiden ersten Aktionen erfolgreich durchführen können, werden sie im Landtag von der Landtagswache mit Maschinengewehrfeuer vertrieben. Die Festnahme von Kurt Eisner verhindert der Landessoldatenrat Richard Scheid. Die Münchner Bevölkerung hält die Putschisten fälschlich für preußische Spartakisten. Es kommt am Bahnhofplatz zu einer kurzen Schießerei, bei dem der Straßenbahnfahrer Franz Stangl durch einen Kopfschuss ums Leben kommt. Gegen 17:30 Uhr ziehen sich die putschenden Matrosen zurück. Conrad Lotter wird verhaftet.

27. Februar 1919 – Versammlungen und Ansammlungen jeder Art verboten

München * Zum Schutze der Räterepublik wird verfügt, dass Versammlungen und



Ansammlungen jeder Art verboten sind. Ab 19 Uhr müssen alle Nichtdiensttuenden und Zivilisten die Straßen verlassen haben. Die vom Stadtkommandanten Oskar Dürr und vom Polizeipräsidenten Josef Staimer unterzeichnete Anordnung wird in der Bayerischen Staatszeitung veröffentlicht.

28. Februar 1919 – Verhaftungen aus dem Sitzungssaal heraus

München-Kreuzviertel * Noch vor der Abstimmung werden die Delegierten Max Levien, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Franz Michael Cronauer und Wilhelm Reichart von der SPD-nahen und von Innenminister Erhard Auer errichteten Republikanischen Schutztruppe aus dem Sitzungssaal heraus verhaftet. Ernst Niekisch versucht verzweifelt Herr der Lage zu bleiben und erreicht, dass die Verhafteten wenige Minuten später wieder freigelassen werden. Die Verantwortung für die unübersichtliche Situation übernimmt schließlich der Stadtkommandant Oskar Dürr und der Polizeipräsident Josef Staimer.

4. April 1919 – Beratungen zur Ausrufung einer Räterepublik

München-Kreuzviertel * Im Außenministerium im Palais Montgelas treffen sich etwa dreißig Personen, darunter Minister der Regierung Hoffmann, Stadtkommandant Oskar Dürr und Polizeipräsident Joseph Staimer, Gewerkschafter, Vertreter des Zentralrats und weitere. Es geht um die Frage der Ausrufung einer Räterepublik. Doch die Versammlung unter der Leitung von Ernst Niekisch trennte sich ohne gefasste Beschlüsse.

9. April 1919 – Gemäßigte Linke wollen kommunistische Führer der Räterepublik verhaften

München * Führende Männer der gemäßigten politischen Linken planen, die kommunistischen Führer der Räterepublik und die Ausländer und Juden zu verhaften. Zusammen mit Carl Gandorfer, dem Polizeipräsidenten Josef Staimer und Stadtkommandant Oskar Dürr will der Volksbeauftragte der Justiz, Konrad Kübler, gegen die Kommunisten gewaltsam vorgehen.

13. April 1919 – Johann Dosch wird neuer Polizeipräsident

München * Johann Dosch, ein steckbrieflich gesuchter Krimineller, wird neuer



Polizeipräsident.

14. April 1919 – Polizeipräsident Johann Dosch nimmt Hausdurchsuchungen vor

München * Johann Dosch, der neue Polizeipräsident, nimmt mit acht Mitgliedern der Roten Armee auf eigene Faust Hausdurchsuchungen vor. Er beschlagnahmt dabei Gegenstände im Wert von rund 100.000 Mark.

15. April 1919 – Hans Köberl wird Polizeipräsident

München * Der mit 21 Vorstrafen behaftete Hans Köberl, bisher stellvertretender Polizeipräsident, übernimmt von Johann Dosch das Amt des Polizeipräsidenten. Dosch wird nun sein Stellvertreter.

22. April 1919 – Der Dentist Johann Clemens Waldschmidt wird Polizeipräsident

München * Polizeipräsident Hans Köberl und sein Stellvertreter Johann Dosch werden abgesetzt und verhaftet. Neuer Chef im Polizeipräsidium wird der ebenfalls vorbestrafte Dentist Johann Clemens Waldschmidt.

23. April 1919 – Der Installateur Ferdinand Mairgünther wird Polizeipräsident

München * Polizeipräsident Johann Clemens Waldschmidt wird nach nur knapp einem Tag durch den Installateur Ferdinand Mairgünther, dem Schriftleiter der Münchener Roten Fahne, abgelöst.

13. März 1920 – Der Kapp-Putsch führt zum Rücktritt der bayerischen Regierung

Berlin * In Berlin findet der rechtsradikale Kapp-Putsch statt. Parallel dazu fordern in München der Regierungspräsident von Oberbayern Gustav von Kahr, Polizeipräsident Ernst Pöhner und Wehrkreiskommandant Arnold von Möhl den von der SPD gestellten bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann zum Rücktritt auf. Was in Berlin scheitert, gelingt in München. Gustav Ritter von Kahr bildet - unter Beteiligung der Bayerischen Volkspartei - BVP - eine rechtskonservative



Regierung, die alle rechtsextremen Gruppierungen sowie militanten Verbände fördert und schützt. Ministerpräsident wird Gustav von Kahr, der zu dieser Zeit auch Adolf Hitler kennenlernt und den er als „Trommler“ für die nationale Sache einspannen will, um mit seiner Hilfe den Kommunismus und den Marxismus abzuwehren und um die „gestörte Ordnung“ in Deutschland wieder ins rechte Lot zu bringen. Die rechtsradikalen Verbände können umgekehrt von Bayern aus ihren ideellen Boden vorbereiten. Gustav von Kahr ist die Integrationsfigur all jener Kräfte in Bayern, die durch einen Staatsstreich die parlamentarische Demokratie abschaffen und die staatliche Unabhängigkeit Bayerns von Berlin vorbereiten wollen.

16. März 1920 – Der Antisemitismus wird gewalttätig

München * Der Antisemitismus wird gewalttätig. Der konservative Ministerpräsident Gustav von Kahr (BVP) kündigt in seiner ersten Regierungserklärung an, gegen die „Überfremdung durch Stammesfremde“ einzuschreiten und erklärt die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“ zum Gebot der Stunde. Er meint damit den besonders verhassten „Teil der jüdischen Rasse“, die Ostjuden. Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner hält es für nicht ausgeschlossen, wenn „wegen der unerträglichen Teuerung etwas unternommen, etwa einige Juden aufgehängt würden“. Gegen die gewalttätigen und gewaltbereiten Antisemiten unternimmt die Münchner Polizei allerdings nichts. Nun wird die Situation für die jüdischen Mitbürger unerträglich. Viele verlassen die Stadt.

16. März 1920 – Antisemitische Hetze und zunehmende Gewalt

München * Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verschärft sich das politische Klima in München deutlich. Antisemitische Ressentiments treten zunehmend offen zutage und werden auch von führenden Vertretern des öffentlichen Lebens verbreitet. In seiner Regierungserklärung vom 16. März 1920 kündigt Ministerpräsident Gustav von Kahr Maßnahmen gegen die angebliche „Überfremdung durch Stammesfremde“ an und fordert die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“. Die Äußerungen richten sich insbesondere gegen die aus Osteuropa zugewanderten Juden, die verstärkt zum Ziel antisemitischer Hetze werden. Auch Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner fällt durch offen antisemitische Äußerungen auf und verharmlost Gewalt gegen Juden. Gleichzeitig gehen die Behörden nur unzureichend gegen antisemitische Übergriffe und gewaltbereite Gruppierungen vor. Für viele jüdische Münchnerinnen und Münchner verschlechtert sich die Lebenssituation erheblich. Angesichts der zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen verlassen zahlreiche jüdische Familien die Stadt.



9. März 1933 – Sturz der konservativen Regierung Held in Bayern

München-Kreuzviertel * Sturz der konservativen Regierung Held in Bayern durch die Nationalsozialisten. Bayern wird als Letztes der deutschen Länder in Hitlers Herrschaft eingefügt. Ritter Franz-Xaver von Epp wird Reichskommissar für Bayern, Heinrich Himmler kommissarischer Polizeipräsident in München.

21. März 1933 – Ein Konzentrationslager für politische Gefangene

München - Dachau * Im Völkischen Beobachter und in den Münchner Neuesten Nachrichten erscheint eine von Heinrich Himmler, dem Reichsführer SS und zugleich kommissarischen Polizeipräsidenten von München, veranlasste Pressemeldung mit der Überschrift „Ein Konzentrationslager für politische Gefangene“. In der Meldung ist zu lesen: „Am Mittwoch [nächster Tag] wird in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager eröffnet. Es hat ein Fassungsvermögen von 5.000 Menschen.“ Weiter heißt es, dass dort „die gesamten kommunistischen und - soweit notwendig - Reichsbanner- und marxistische Funktionäre, die die Sicherheit des Staates gefährden, zusammengezogen“ werden. Abschließend erklärt Himmler: „Wir haben diese Maßnahme ohne jede Rücksicht auf kleinliche Bedenken getroffen in der Überzeugung, damit zur Beruhigung der nationalen Bevölkerung und in ihrem Sinn zu handeln.“

25. Juni 1935 – Ein Sicherheits- und Hilfsdienst wird eingerichtet

Berlin * Das Luftschutzgesetz verpflichtet alle Deutschen zu „Dienst- und Sachleistungen sowie zu sonstigen Handlungen, Duldungen und Unterlassungen [...], die zur Durchführung des Luftschutzes erforderlich sind“. In Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern muss ein Sicherheits- und Hilfsdienst unter der Leitung des Polizeipräsidenten aufgestellt werden. Er erhält später den Namen Luftschutzpolizei. Die Feuerwehr untersteht somit bei kriegsbedingten Einsätzen dem örtlichen Luftschutzleiter, bei „normalen“ - friedensmäßigen - Einsätzen ist weiterhin der Oberbürgermeister ihr höchster Dienstvorgesetzter in der Stadt.

1939 – Karl Freiherr von Eberstein bezieht die Villa in der Maria-Theresia-Straße 17

München-Bogenhausen * Karl Freiherr von Eberstein, der Münchner Polizeipräsident und damit Gerichtsherr über die SS-Wachmannschaften im KZ Dachau, bezieht die Villa in der



Maria-Theresia-Straße 17.

6. November 1963 – Manfred Schreiber ist neuer Polizeipräsident

München * Manfred Schreiber wird neuer Polizeipräsident. Er zieht praktische Konsequenzen aus den polizeilichen Fehlern der „Schwabinger Krawalle“ und entwickelt - unterstützt von Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel - ein flexibleres Polizeikonzept bei Großeinsätzen, das unter der Bezeichnung „Münchner Linie“ bekannt wird.

26. September 1980 – Das Oktoberfest-Attentat

München-Theresienwiese * Freitag, 22:19 Uhr: Am Haupteingang der Wiesn explodiert ein Sprengsatz. Der Feuerball unterbricht die ausgelassene Volksfeststimmung auf dem Oktoberfest und tötet 13 Menschen. 211 Personen werden verletzt, davon 68 schwer. „Menschen wirbeln durch die Luft, Blut spritzt, zerfetzte Gliedmaßen, unglaubliche Schmerzen und verzweifelte Schreie, die nur die hörten, denen nicht gleich das Trommelfell platzte“. Einer der Toten ist der Geologiestudent Gundolf Köhler (21). Als die Rettungskräfte am Tatort eintreffen, finden sie in einem Umkreis von bis zu 23 Metern Verletzte und Tote verstreut auf der Straße liegen. Die die Detonation begleitende Druckwelle ist gewaltig gewesen. Noch in der Nacht stehen für die Bayerische Staatsregierung die Schuldigen fest: Die RAF und linke Terroristen müssen für das Massaker verantwortlich sein. Ministerpräsident Franz Josef Strauß steht mitten im Wahlkampf. Er will Helmut Schmidt (SPD) als Bundeskanzler ablösen und hat sich selbst als starker Law-and-Order-Mann positioniert. Nun sieht Franz Josef Strauß seine Stunde gekommen. Er greift Innenminister Gerhard Baum (FDP) an, der für das Nachrichtenmagazin Spiegel eine Diskussion mit dem RAF-Anwalt und Ex-Terroristen Horst Mahler geführt hat. Strauß macht Baum für das Attentat mitverantwortlich, weil er den Terrorismus quasi salonfähig gemacht hat. Strauß fordert, dass sofort Flugblätter produziert werden, die Baum im Gespräch mit Mahler zeigen. Doch die Attacke gegen Links wird sich bald als Bumerang erweisen. Auf den Verdacht hin, dass es sich um einen Terrorakt handelte, leitet Generalbundesanwalt Kurt Rebmann zusätzlich ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt ein. Die Untersuchung liegt damit federführend beim Bund. Nach intensiven Beratungen mit Politikern, dem Polizeipräsidenten und den Veranstaltern entscheidet Oberbürgermeister Erich Kiesl noch mitten in der Nacht, das Oktoberfest nicht abubrechen, sondern nur einen Trauertag zu veranstalten. Man wolle und dürfe sich dem Terror, gleich von welcher Seite, nicht beugen. Bei dieser nicht unumstrittenen Entscheidung hat man auch das Beispiel der XX. Olympischen Spiele in München vor Augen, die trotz eines Terroranschlages zu



Ende geführt worden waren.

20. Mai 1986 – Die Polizeiführung wird ausgewechselt

Wackersdorf * Nach den schweren Auseinandersetzungen an Pfingsten wird Polizeipräsident Hermann Friker als verantwortlicher Einsatzleiter abgelöst. Wilhelm Fenzl übernimmt die Leitung der Polizeieinsätze rund um das WAA-Gelände. Innerhalb der Polizei beginnt eine kontroverse Diskussion über Einsatzstrategie, Überforderung der Beamten und eine mögliche politische Instrumentalisierung der Polizei im WAA-Konflikt.
